

FRAUENPOLITIK

gruene.de/frauen

Unser Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben können. Frauen müssen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der alle Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

Es ist höchste Zeit für eine **faire Verteilung von Macht**. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden. Das bedeutet auch, dass es dringend mehr Frauen in den **Parlamenten** braucht. Frauen müssen überall, wo Entscheidungen getroffen werden, gleichberechtigt vertreten sein, also auch in den Führungs- und Entscheidungsgremien der **Wirtschaft**.

Damit Frauen selbstbestimmt leben können ist es wichtig, **wirtschaftlich unabhängig** zu sein. Wir wollen für eine **eigenständige Absicherung** in allen Lebensphasen sorgen – von der Berufswahl bis zur Rente.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich. Wir wollen, dass das überall gilt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie Kinder haben, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht.

Während sich viele Paare heute Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, wird durch das Ehegattensplitting nach wie vor das Alleinernter-Modell steuerlich bevorzugt. Das ist überholt und **ungerecht**, weil es dieses Lebensmodell privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete Paare benachteiligt und die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt, ohne sie gleichzeitig wirklich abzusichern. Im Zusammenspiel mit **Minijobs** und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die eigenständige Absicherung von Frauen unabhängig von einer Partnerschaft aus. Nach Umbrüchen, wie Trennung oder Tod des/r Partner*in geraten sie so oft in wirtschaftliche Notlagen.

Jeder Mensch hat das **Recht auf körperliche Unversehrtheit**. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich wird oft verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch vor den Gerichten. Schutz von Frauen vor **geschlechtsspezifischer Gewalt** ist eine gesellschaftliche Ge-

meinschaftsaufgabe. Es kann nicht sein, dass die Quantität und Qualität des Schutzes und der Beratung vom Wohnort abhängig ist. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Unterstützung mit gleichwertigen und bedarfsgerechten Standards für Frauenhäuser etablieren und Frauenhausplätze ausbauen.

Alle Menschen sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender **Informationen zum Schwangerschaftsabbruch** sind dafür notwendig. Dieser soll außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir wollen, dass Frauen sich überall gut beraten lassen können und medizinisch professionell versorgt werden.

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE GESCHLECHTER-GERECHTE GESELLSCHAFT

- ☞ Wir wollen **Parität** in der Politik vorantreiben und entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen, sind **Maßnahmen und Angebote** erforderlich, die den Einstieg in und die Gestaltung von Politik erleichtern. In der Wirtschaft sorgen wir dafür, dass künftig bei Neubesetzungen mindestens ein Drittel der **Vorstandssitze** größerer und börsennotierter Unternehmen an Frauen gehen und bei **Aufsichtsräten** ein Frauenanteil von 40 Prozent erreicht wird.
- ☞ Die eingeschränkte Bandbreite der gewählten Berufe wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung vergrößern. Wir wollen die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, aufbrechen. Eine kluge **Zeitpolitik**, erleichtert es, Erwerbsarbeit familiengerecht und partnerschaftlich aufzuteilen. Dadurch und durch ein erweitertes **Rückkehrrecht in Vollzeit** werden wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, damit Frauen am Ende ihrer Berufstätigkeit eine **auskömmliche Rente** erhalten.
- ☞ Wir werden ein effektives **Entgeltgleichheitsgesetz** einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und ein wirksames **Verbandsklagerecht** enthält. So können bei strukturellen Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen.
- ☞ Für neu geschlossene Ehen wollen wir eine **individuelle Besteuerung** mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Paare, die bereits verheiratet sind, können sich zwischen Einzelveranlagung und Ehegattensplitting entscheiden. Das Faktorverfahren bei der Lohnsteuer werden wir zur Regel machen und die **Steuerklasse 5** abschaffen. **Minijobs** wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

- ➡ Wir wollen die **Istanbul-Konvention** endlich auch in Deutschland vollständig **umsetzen**. Wir werden dafür sorgen, dass die **Monitoringstelle** ihre Arbeit vollumfänglich umsetzen kann. **Polizei und Justiz** werden im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassender geschult. Deutlich mehr Frauenhausplätze müssen geschaffen werden, auch im ländlichen Raum. Mit einem gesetzlichen **Rechtsanspruch auf Schutz** sichern wir über eine Geldleistung des Bundes alle Betroffenen ab und verbessern den Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen.
- ➡ Wir setzen uns für eine ausreichende und **wohntnahe Versorgung** mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, ein. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu gewährleisten, sollen Abbrüche außerhalb des Strafrechts geregelt und die Kosten generell übernommen werden. **Familienplanungs- und Beratungsstellen** werden wir absichern und die **freiwilligen Beratungsangebote ausbauen**. Den **§ 219a** wollen wir **aus dem Strafgesetzbuch streichen**. Er behindert Aufklärung und Information.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie funktioniert das Paritätsgesetz?

Dass Parität per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten in zwei Bundesländern aufgezeigt. Demokratie muss die Gleichberechtigung der Geschlechter in den demokratischen Auftrag einbeziehen. Die Entscheidungen der Thüringer und Brandenburgischen Verfassungsgerichtshöfe zu den Paritätsgesetzen in den beiden Bundesländern bedeuten nicht das Ende der Debatte, sondern unterstreichen vielmehr den politischen Handlungsbedarf.

Was wollen die Grünen tun, um die Gesundheit von Frauen zu stärken?

Fehlt in der Gesundheitspolitik der Blick auf das biologische und soziale Geschlecht, kommt unter dem Strich eine Gesundheitsversorgung heraus, die vielen von uns nicht gerecht wird. Denn weiterhin wird oft vom „männlichen Normkörper“ ausgegangen. Aber körperliche Unterschiede und genderbezogene Zuschreibungen wirken sich in der Medizin in vielfältiger Weise aus. Das Risiko von Frauen für eine Erkrankung des Herz-Kreislauf-Systems ist beispielsweise höher als das einer Erkrankung an Brustkrebs. Ersteres wird oft unterschätzt – auch von Ärzt*innen, weil Frauen oft andere als die für Männer typischen Symptome zeigen. Daten zum Geschlecht werden immer noch zu selten erhoben und ausgewertet. Die Lücken bei der Gesundheitsversorgung von Frauen in Bereichen wie der Geburtshilfe, dem Schwangerschaftsabbruch oder der Gesundheitsförderung müssen beseitigt werden, denn sie sind diskriminierend und einer selbstbestimmten Lebensplanung entgegengesetzt.

Wie stehen die Grünen zu Ehegattensplitting?

Der Staat soll Familien unterstützen, nicht ein bestimmtes Lebensmodell privilegieren. In der Pandemie haben vor allem Frauen die Nachteile dieser steuerlichen Regelung, die nur für Ehepartner gilt, zu spüren bekommen, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung setzt das Ehegattensplitting den Partner*innen, die wenig verdienen – und das sind meist die Frauen – Anreize, nicht erwerbstätig zu sein, ohne sie dabei gleichzeitig abzusichern. Die Folgen werden auch in anderen Krisen wie Trennung, Scheidung und Tod des Partners deutlich. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen, auch wenn sie Kinder haben, eine eigene Erwerbstätigkeit ausüben können. So sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien und Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

Wo stehen wir heute beim Thema Gleichberechtigung?

Wir sind schon viele Schritte in Richtung Gleichberechtigung gegangen. Vor dem Gesetz sind Frauen und Männer mittlerweile gleich. Dennoch sind in Deutschland Macht, Geld und Zeit unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verteilt. Das zeigt sich zum Beispiel, an der Vertretung der Frauen in Parlamenten, dem Einkommens- und Rentenunterschied und dem Anteil der unbezahlten Arbeit, die von Frauen übernommen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt, selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben. Wir wollen, dass alle Geschlechter frei von einschränkenden Rollenbildern leben können, ihre Potenziale entfalten und Grenzen überwinden können. Wir setzen uns dafür ein, Gleichberechtigung herzustellen: für wirtschaftliche Unabhängigkeit, für Schutz vor Gewalt, für ein selbstbestimmtes Leben.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)

